

24.11.2012

Airbag-Dekret: DG erzielt Fortschritte

„Es bewegt sich was“



Bislang kommen deutschsprachige Selbstständige über das Airbag-Dekret nicht in den Genuss einer Förderung. Doch die Aussichten für ein Abkommen zwischen der Wallonie und der DG haben sich verbessert. Foto: dpa

Von Christian Schmitz

In die Diskussion um das Airbag-Dekret der Wallonischen Region kommt Bewegung. Dies hat DG-Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG) dem Grenzecho bestätigt. Zu den Aussichten einer Einigung gab er sich vorsichtig optimistisch.

Mit dem Ziel der Schaffung weiterer Arbeitsplätze wird über das Airbag-Dekret in der Wallonischen Region durch finanzielle Anreize (mit bis zu 12.500 Euro) sowie durch zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Weiterbildung und Begleitung eine Unterstützung für den Übergang zur hauptberuflichen Selbstständigkeit geboten.

Stoffels: „Ein gebranntes Kind scheut das Feuer.“

Zwischen den Regierungen in Namur und Eupen gibt es bislang aber keine Einigung darüber, in welchen Anwendungsbereich das Dekret fällt. Der wallonische Beschäftigungsminister André Antoine (CDH) meinte, hier gehe es um die Kompetenz Beschäftigung, weshalb sich das Dekret lediglich auf das frankophone Gebiet der Wallonie beziehe, weil die DG selbst für Beschäftigung zuständig sei. Ursprünglich sollte ein Abkommen ausgehandelt werden, damit auch Deutschsprachige in den Genuss dieser Fördermaßnahme kommen - bislang tat sich unter dem Strich aber nur wenig.

Paasch: Eine finanzielle Beteiligung der DG ist vollkommen „unvorstellbar“

André Antoine fordert eine finanzielle Beteiligung der DG. In einer Ausschusssitzung in dieser Woche haben die beiden Regionalabgeordneten Edmund Stoffels (SP) und Jean-Luc Crucke (MR) beim Regionalminister nachgehakt. „Er hat uns zugesagt, ein Abkommen schließen zu wollen. Doch das hat er schon einmal gemacht. Ein gebranntes Kind scheut nun mal das Feuer“, kommentierte Edmund Stoffels die Äußerungen von Antoine. Oliver Paasch lobte, dass die beiden Abgeordneten in besagter Sitzung „eine klare Sprache“ gesprochen hätten. „Zudem haben sie sich - auch Herr Crucke - ausdrücklich auf die Seite der DG gestellt.“ Interessant sei, dass in der Zwischenzeit eine weitere Versammlung auf

Kabinettssebene stattgefunden habe. „Diese ist offensichtlich in einem sehr positiven Klima verlaufen. Wir haben erneut konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt.“ Die Wallonische Region habe zugesagt, diese „wohlwollend“ prüfen zu wollen. Anscheinend gebe es nun in Namur eine größere Bereitschaft, ein Abkommen abzuschließen. Vor einigen Wochen hatte Oliver Paasch im Parlament (PDG) vor einem Ende der Gespräche gewarnt. „Zurücknehmen kann ich diesbezügliche Aussagen noch nicht, da es ja noch keine Einigung gibt. Aber offenkundig hat der Druck, den wir zwischenzeitlich haben ausüben können, aber vielleicht auch die öffentliche Berichterstattung in den Medien, dazu geführt, dass die Dinge doch in Bewegung geraten sind. Die Interventionen der Herren Stoffels und Crucke könnten ebenfalls einen Beitrag geleistet haben.“ Jedenfalls scheine sich das Verhandlungsklima verbessert zu haben. „Ob die Gespräche zum Erfolg führen, können wir jedoch erst am Ende beurteilen.“

Der DG-Minister betonte, dass es sich beim Airbag-Dekret ausdrücklich um eine wirtschaftspolitische Kompetenz handele. „Darüber zu entscheiden, in welchem Zuständigkeitsbereich man sich befindet, ist nicht die Aufgabe eines Ministers, sondern darüber entscheidet schlussendlich der Staatsrat. Dieser hat in seinem Gutachten eindeutig festgestellt, dass es hier um eine wirtschaftspolitische Zuständigkeit geht. Also ist die Wallonische Region auch für das Gebiet deutscher Sprache zuständig.“ Vor diesem Hintergrund sei es vollkommen „unvorstellbar“, dass sich die DG finanziell beteilige. „Wohl aber sind wir bereit, die Ausbildungen zu finanzieren, die zum Anrecht auf Airbag-Hilfen führen. Das haben wir dem wallonischen Regionalminister auch bereits angeboten“, erläuterte Oliver Paasch.